

**Haushaltsrede von Bürgermeister Klaus Schumacher für die Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2009 in der Sitzung des Rates am 17.12.2008 -
mit Ergänzungen des Kämmerers Wilfried Raubach**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ihnen heute vorliegende Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2009 ist der erste Haushalt für die Stadt Sankt Augustin, der nach den Regeln des NKF aufgestellt worden ist. Auch wenn wir Ihnen im letzten Sommer den von Ihnen in alter Form verabschiedeten Haushalt 2008 in einen NKF-Haushalt übergeleitet haben, ist dies der erste Haushalt, über den Sie in dieser Form beraten und beschließen müssen.

Nachdem wir zunächst vorhatten, bereits 2008 auf NKF umzustellen, haben wir uns im Laufe des Jahres 2007 dazu entschieden, den Umstieg um ein Jahr zu verschieben. Und ich bin davon überzeugt, dass dies in jeder Hinsicht eine gute Entscheidung war.

Auch jetzt haben wir noch keine endgültigen Zahlen für die Eröffnungsbilanz; dies auch deshalb nicht, weil immer noch Vorgaben z. B. der Gemeinde-Prüf-Anstalt, geändert werden, die aber für die Wertermittlung notwendig sind.

Wir wissen daher auch heute noch nicht genau, wie hoch letztlich das Eigenkapital in der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 sein wird, da noch nicht alle Zahlen endgültig feststehen.

Eine Größenordnung von rd. 85 Mio. € ist aber realistisch. Die Bilanzsumme, d.h. die Summe des aktivierbaren Vermögens liegt bei mehr als 550 Mio. EUR. – Siegburg 400 Mio. –

Beim Haushaltsplan müssen wir uns endgültig von den uns allen hinreichend bekannten Begriffen wie „Haushaltsstellen“, und „Verwaltungs- und Vermögenshaushalt“ verabschieden. Außerdem erfordert die neue, viel weniger gegliederte Form des Ausdrucks ein Umdenken aller. Insbesondere geht die bisher im Haushaltsplan bekannte, in die Tiefe gehende Gliederung verloren. In den Teilergebnisplänen der einzelnen Produkte sind nur noch jeweils 7 Ertragszeilen, 6 Aufwandszeilen sowie

die Zeilen für Finanzerträge und Finanzaufwendungen und Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen aufgeführt. Diese noch etwas verwirrende Darstellung entspricht allerdings dem Willen des Gesetzgebers. - Sie erinnern sich an die Schulungen zum NKF. -

Wie Sie aus dem zur Verfügung gestellten NKF-Haushalt 2008 erkennen konnten, geht Ihnen die bekannte Transparenz, Aussagekraft und vor allem Darstellungstiefe der Haushaltsansätze verloren. In den Haushaltsberatungen wird Ihnen die Verwaltung daher gerade bei diesem ersten NKF-Haushalt gerne helfen, wenn ein Bezug zum alten Haushaltsplan notwendig wird.

Der vorliegende Entwurf des Haushalts 2009 ist formal ausgeglichen! Aber leider nur formal, nicht strukturell.

Mit dem formalen Ausgleich haben wir zwar die Haushaltssicherung verlassen, wir wissen jedoch, dass wir mit NKF kein zusätzliches Geld in der Kasse haben und dass wir den Haushaltsausgleich nur über die Inanspruchnahme der sog. Ausgleichsrücklage, d.h. durch einen Griff in das vorhandene in der Bilanz buchmäßig ausgewiesene Vermögen erreichen.

Und trotzdem möchte ich hier darauf verweisen, dass wir haushaltsmäßig ein gutes Jahr 2008 gehabt haben. Dies hat mit der Verabschiedung des kameralen Haushalts im Dezember 2007 und mit dem Inkrafttreten am 6.3.2008 begonnen - und hat sich mit der erfreulichen Einnahmeentwicklung bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Einkommensteuer und nicht zuletzt auch bei der Gewerbesteuer fortgesetzt.

Dass wir trotzdem in 2009 und den Folgejahren die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen müssen, ist z. T. systembedingt, aber wir haben auch im Aufwandsbereich mächtig zugelegt. Leider zeigt uns die Finanzplanung derzeit noch nicht, wie wir die Ausgleichsrücklage wieder auffüllen können.

Aber wir haben es in der Hand, in den nächsten Jahren den eigenen Handlungsspielraum zu nutzen, um verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen und die wieder drohende Haushaltssicherung zu vermeiden.

Die Ausgleichsrücklage wird nach der derzeitigen Planung im Haushaltsjahr 2012 nur noch 1.385.000 € betragen und damit, wenn wir nicht gegensteuern, spätestens 2013 aufgebraucht sein.

Dass wir überhaupt bis zum Jahr 2013 kommen, haben wir auch der NKF-Verschiebung um 1 Jahr zu verdanken. Weil die Ausgleichsrücklage nach dem Durchschnitt der Steuereinnahmen der letzten drei Jahre berechnet wird, konnte bei dieser Berechnung das steuerschwache Jahr 2005 durch das steuerstarke Jahr 2008 ersetzt werden, was eine Erhöhung der Ausgleichsrücklage um fast 2,9 Mio. € zur Folge hat.

2009 ist ein Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 6.870.000 € systembedingt notwendig. Auch die Folgejahre sind, wie bereits ausgeführt, nur durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage formell auszugleichen.

Herr Raubach wird Ihnen gleich diese systembedingten Verschlechterungen kurz erläutern

Meine Damen und Herren,

da wir 2009 nicht mehr in der Haushaltssicherung sind, finden Sie im Haushaltsplanentwurf 2009 keine Aufstellung der sog. freiwilligen Leistungen. Durch die neue Produktstruktur wäre ohnehin ein direkter Vergleich zu den bisherigen freiwilligen Leistungen nicht möglich. Trotzdem kann ich sagen, dass wir diesen Bereich nicht gekürzt haben. Zuschüsse sind in der gleichen Höhe vorgesehen, wie im Vorjahr. Mehraufwand ergibt sich insbesondere da, wo dies durch Personal- und Sachaufwand bei sog. „freiwilligen Einrichtungen“ zum Bestand der Einrichtung unvermeidbar ist.

Im Hinblick auf die Tatsache, dass ein erneutes Abrutschen in die Haushaltssicherung nach der derzeitigen Finanzplanung wieder erwartet wird, müssen durchaus sinnvolle Erhöhungen in diesem Bereich äußerst kritisch betrachtet werden, da es ansonsten umso schwieriger werden dürfte, einen höheren Standard wieder zurück zu fahren.

Meine Damen und Herren,
ein weiteres Thema sind die notwendigen Investitionen und die neue Kreditaufnahme. Wenn auch für nächstes Jahr nicht von oben verordnet, so muss eine Nettokreditaufnahme gleich Null oberstes Ziel bleiben. Die Verschuldung darf sich nicht weiter erhöhen. Wenn wir uns dabei bei den

Investitionen in dem von uns vorgegebenen Rahmen halten, werden wir sogar die Schulden verringern können.

Im Hinblick auf die Umstellung auf NKF haben wir 2008 keine neuen Kredite aufgenommen, weil wir am Jahresende nur in äußersten Ausnahmen Haushaltsausgabereste bilden werden. Eine solche Ausnahme bilden natürlich die OGS-Maßnahmen. Ansonsten gilt der Grundsatz, dass alle 2009 durchzuführenden Baumaßnahmen neu zu veranschlagen sind.

2009 ist eine neue Kreditaufnahme von rd. 7.971.000 Mio. € notwendig. Die Gesamtverschuldung steigt dadurch gegenüber dem Stand am 31.12.2007 jedoch „nur“ um 200.000 €, nämlich von 104,5 Mio € auf 104,7 Mio €.

Gegenüber dem 31.12.2006, wo die Verschuldung noch bei rund 110 Mio € lag, werden aber die Schulden voraussichtlich um 5,3 Mio. € deutlich verringert.

Mit dieser Kreditaufnahme können wir 2009 u. a. den von den Schulen geltend gemachten Nachholbedarf bei der Schulausstattung ausgleichen. In diesem Bereich sind die Investitionsauszahlungen 383.000 € höher, als die Ansätze im Investitionsprogramm.

Außerdem stellen wir die abschließende Finanzierung der OGS-Maßnahmen sicher. Hinsichtlich der Übermittagsbetreuung an Gymnasien und der Frage einer Mensa haben wir Planungskosten eingesetzt, um rechtzeitig ein Konzept zur Umsetzung zur Verfügung zu haben. Ich sage Ihnen aber darüber hinaus schon heute zu, dass wir ggf. auch Mittel durch Umschichtungen im Laufe des Jahres zur Verfügung stellen werden, wenn sich dies im Rahmen der Sicherstellung einer Übermittagsbetreuung als notwendig erweisen wird.

Für Baumaßnahmen an Schulen und am Feuerwehrgerätehaus Mülldorf sind insgesamt 2,6 Mio. € vorgesehen. Für Straßenbau sind fast 3,7 Mio. € veranschlagt und für Kanäle 3,4 Mio. €. In den Straßenbaumaßnahmen sind auch die mehrfach verschobenen Instandsetzungen der Brückenstraße in Buisdorf und der Alten Marktstraße in Niederpleis enthalten. Außerdem ist der Baubeginn der Gewerbezufahrt Buisdorf für 2009 vorgesehen.

Neben diesen Baumaßnahmen ist eine nicht unerhebliche Zahl von Maßnahmen vorgesehen, die nicht investiv sind und die daher im Ergebnisplan veranschlagt sind. Für unterlassene Instandsetzungen sind 2009

2,7 Mio. € in eine Rückstellung übernommen worden. Gleiches gilt für die Wiederherstellung der Außenanlagen an den Grundschulen Hangelar, Mülldorf, Menden und „Alte Heerstraße“, für die eine Rückstellung von 1,3 Mio. € gebildet wurde und für Kanäle, bei denen 2009 Maßnahmen mit einem Volumen von 1,2 Mio. € aufwandsneutral durch eine Rückstellung finanziert werden sollen.

Auch wenn diese Maßnahmen aufwandsneutral abgewickelt werden und den Ergebnishaushalt nicht belasten, müssen Rechnungen bezahlt werden. Sie belasten daher unseren Finanzplan, den wir sehr schnell vergessen, da die Entwicklung des Finanzplanes nicht für die Frage des Haushaltsausgleichs relevant ist.

Die Entwicklung des Finanzplanes ist negativ; die v.g. Maßnahmen benötigen liquide Mittel. Hinzu kommt die Tilgung, für die ebenfalls liquide Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Bestand der liquiden Mittel stellt sich nach der Planung auf Minus 7 Mio. EUR. Aus diesem Grund ist es auch erforderlich, den Höchstbetrag der Kassenkredite auf 10 Mio. € zu erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für 2 städtische Gebäude, für die ebenfalls dringender Handlungsbedarf besteht, haben wir noch keine investiven Mittel in den Haushalt aufgenommen. Das sind die Grundschule „Freie Busch Straße“ und das Jugendzentrum an der Bonner Straße. Hier irgendwelche Beträge einzustellen, würde allen Veranschlagungsgrundsätzen widersprechen und vermutlich zu einem ähnlichen Ergebnis führen, wie bei der Einstellung von Mitteln für die OGS. Daher wollen wir in diesen Fällen Alternativen planen lassen, danach eine sinnvolle Lösung suchen und erst nach Vorliegen valider Kostenberechnungen, Mittel in den Haushalt einstellen.

Wie Sie an diesem kurzen Überblick sehen, haben wir uns viel vorgenommen. Soweit Sie andere Prioritäten sehen, müssen eine oder mehrere der von uns in den Haushalt eingestellten Maßnahmen verschoben werden. Ein weiteres Aufsatteln auf das ohnehin schon sehr umfangreiche Arbeitsprogramm ist beim besten Willen nicht zu schaffen.

Ich wünsche Ihnen und uns erfolgreiche Haushaltsberatungen.

Vielen Dank.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Redebeitrag Kämmerer Wilfried Raubach:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, möchte ich die eben von Bürgermeister Schumacher angesprochenen systembedingten Verschlechterungen kurz erläutern:

- Durch die flächendeckende Veranschlagung von Abschreibungen unter Berücksichtigung der in Zukunft aufwandsneutralen Tilgung von Krediten ergibt sich eine Verschlechterung von fast 3,7 Mio. €.
- Die Verpflichtung zur Bildung von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen belastet den Ergebnishaushalt mit rd. 1,1 Mio. €.
- Durch die Neudefinition des Investitionsbegriffs dürfen nur noch die Investitionen über Kredite finanziert werden, die dazu führen, dass neues Vermögen geschaffen wird. Alle anderen Investitionen, die bislang unter größeren Instandsetzungen im Vermögenshaushalt veranschlagt waren, sind in Zukunft im Ergebnisplan als Aufwand zu vorzusehen. Dazu zählt auch die an das Land zu zahlende Krankenhausumlage.
- Schließlich sind durch die erfolgswirksame Abgrenzung gezahlter Entgelte, insbesondere bei den Friedhofsgebühren, die anzusetzenden Erträge geringer, als die tatsächlichen Einzahlungen.

Darüber hinaus gestaltet sich auch die Einnahmeentwicklung insgesamt ungünstiger, als in der Finanzplanung vorgesehen. Dazu trägt insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bei, der nach einer alle drei Jahre neu festzusetzenden Schlüsselzahl verteilt wird. Durch den Rückgang dieser Schlüsselzahl vermindert sich für uns diese Einnahme um rd. 1,3 Mio. €.

Die Gewerbesteuer hat sich 2008 äußerst günstig entwickelt. Das Ergebnis wird voraussichtlich bei rd. 18 Mio. € liegen. Wenn wir damit auch 2009 nicht rechnen können, so gehen wir doch immerhin von 16 Mio. € aus und damit 550.000 € mehr, als in der Finanzplanung erwartet.

Deutlich steigt auf der Aufwandsseite der Personalaufwand. Neben den bereits erwähnten zusätzlichen Aufwendungen für die Bildung der Pensions- und Beihilferückstellung fällt höherer Personalaufwand für die letzte Tarifierhöhung und auch für neue Stellen an.

Bei der Bauunterhaltung haben wir alle notwendigen Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung berücksichtigt, zum größten Teil über die Bildung von Rückstellungen.

Unverändert bleibt nach den Planungen des Kreises die allgemeine Kreisumlage. Der Aufwand hierfür steigt allerdings absolut trotzdem, weil die Umlagegrundlagen höher ausfallen und auch eine höhere Mehrbelastung für den ÖPNV-Umlage berücksichtigt werden muss. D. heißt im Klartext: wir zahlen wir zahlen "rd. 500.000 €" mehr.

Bei den Zinsen konnten wir für alle Kredite, deren Zinsfestschreibung bis 2013 ausläuft, Zinssicherungen mit festen Zinsen von deutlich unter 5 % für die gesamte Restlaufzeit vereinbaren. Und dabei haben wir – das möchte ich hier an dieser Stelle einmal ausdrücklich betonen – keinerlei spekulative Instrumente eingesetzt, die zu irgendwelchen Verlusten führen könnten.

Vielen Dank

- Es gilt das gesprochene Wort -